

ANTWORT AUF FRAGEN

Worin besteht die Rechtsposition der DDR? Warum fürchtet Bonn das Potsdamer Abkommen?

Heute antwortet Genosse Dr. Kertzsch

Das Potsdamer Abkommen ist nicht eine bloß geschichtliche, sondern eine höchst aktuelle Tatsache. Das merkt man auch an dem Eifer der Springer-Pressen, mit dem sie das Potsdamer Abkommen als tote Vergangenheit begraben möchten. Anlaß zu diesem vergeblichen Bemühen bot Ministerpräsident Kosygin, der bei seinem Besuch in London die Bedeutung dieses Abkommens hervorgehoben und erklärt hatte, daß es eingehalten werden muß. Auch in der sowjetischen Regierungserklärung über den Neozitismus in der Bundesrepublik heißt es: „Die Sowjetunion geht davon aus, daß die Mächte der Antihitlerkoalition entsprechend ihren Verpflichtungen aus dem Potsdamer Abkommen nach wie vor die Verantwortung dafür tragen, daß der deutsche Militarismus und Nazismus nicht wieder entstehen.“

Springers „Welt“ tut so, als wüßte sie nicht, was eigentlich gemeint ist. Sie zitiert dieses und jenes aus dem Potsdamer Abkommen und rätselt herum, ob dieses oder jenes wohl der Kern der Sache sei. Wir können ihr auf die Sprünge helfen. Im Potsdamer Abkommen heißt es: „Der deutsche Militarismus und Nazismus wird ausgerottet“. Als Ziel aller Maßnahmen wird festgelegt, daß „Deutschland niemals mehr seine Nachbarn oder die Erhaltung des Friedens in der ganzen Welt bedrohen kann“. Das ist gemeint!

Die Logik der Geschichte

Wir haben diese Grundsätze nicht beliebig aus dem Text herausgegriffen, etwa weil sie uns gerade aktuell oder passend erscheinen. Sie bilden objektiv den Kern und den Sinn des Potsdamer Abkommens. Denn sie sind die Quintessenz der Erfahrungen, die die Völker der Welt und auch unser Volk mit dem deutschen Imperialismus gemacht haben. 1945 trug ganz Europa die tiefen Spuren des furchtbaren Krieges. Viele Millionen Menschen waren nicht nur Opfer der Kriegshandlungen, sondern sogar planmäßiger Mordaktionen geworden. Das alles war das Werk des deutschen Militarismus und Nazismus. Daß damit endlich Schluß sein mußte, war die mindeste Konsequenz aus allem. Deshalb wurde das Potsdamer Abkommen von den Repräsentanten sowohl der sozialistischen Sowjetunion als auch imperialistischer Länder, der USA und Großbritanniens, später auch Frankreichs, unterzeichnet. Niemand konnte sich der Logik der geschichtlichen Ereignisse und dem Willen der Weltöffentlichkeit entziehen.

So wurde mit dem Potsdamer Abkommen ein völkerrechtliches Instrument geschaffen, den Nazismus und Militarismus restlos zu beseitigen. Selbstverständlich mußte die Nazi-Partei mit allen ihren Unterorganisationen verschwinden. Alle möglichen Sicher-

heiten sollten geschaffen werden, daß diese Partei niemals wieder aufleben könnte. Jede nazistische und militaristische Betätigung und Propaganda sollte verboten sein. Es war auch nicht zu verbergen, wo die Wurzeln des Nazismus und seiner Verbrechen lagen: im deutschen Imperialismus, im Monopolkapital. Deshalb verlangte das Potsdamer Abkommen die „Vernichtung der bestehenden übermäßigen Konzentration der Wirtschaftskraft, dargestellt insbesondere durch Kartelle, Syndikate, Trusts und andere Monopolvereinbarungen“.

Das sind die Kerngedanken des Potsdamer Abkommens. In ihnen ist das festgehalten, wofür die Soldaten der Antihitlerkoalition, voraan die Soldaten der Sowjetarmee, gekämpft hatten und gefallen waren. Unter dem Abkommen steht nicht die Unterschrift eines Deutschen. Aber im Potsdamer Abkommen haben auch die Ziele Gestalt gewonnen, für die die besten Deutschen im Widerstand gegen den Faschismus gekämpft haben. Die Prinzipien des Potsdamer Abkommens stellen eine Hilfe der Völker für das deutsche Volk dar. Die Ausrottung des Militarismus und Nazismus, die Überwindung des Imperialismus, das war doch in erster Linie die notwendige Konsequenz aus der Geschichte des deutschen Volkes selbst.

Formulierter Friedenswille der Völker

Die deutschen Imperialisten, die zwar deutsch sprechen, aber die schlimmsten Feinde des deutschen Volkes sind, fürchten den Geist des Potsdamer Abkommens mit Recht. Darum verstehen wir schon, daß sie in Aufregung geraten, wenn er sich regt. Sie sind aber auf dem Holzwege, wenn sie glauben, das völkerrechtliche Gewicht des Potsdamer Abkommens durch formalistische Haarspaltereien in Zweifel ziehen zu können. Das Potsdamer Abkommen ist mehr als ein beliebiger Vertrag. Es ist

der formulierte Friedenswille der Völker. Es ist das Vermächtnis aller Toten, die im Kampf gegen den Faschismus gefallen sind. Das Potsdamer Abkommen ist eines der bedeutungsvollsten Dokumente des Völkerrechts.

In Bonn und in den Springer-Zeitungen sagen sie, man könne und wolle nicht „zurück zur Potsdam zurück“. Was heißt „zurück“? Das Unglück ist ja, daß Westdeutschland in diesem Punkte tatsächlich zurückgeblieben ist. Es kommt darauf an, daß die Bundesrepublik erst einmal über Potsdam hinauskommt, indem sie die Prinzipien dieses Abkommens verwirklicht.

Nicht zu umgehen

Die Bonner Regierung will das Potsdamer Abkommen umgehen. Sie setzt sich das Ziel, das Ergebnis des zweiten Weltkrieges zu korrigieren und den Hitlerkrieg gewissermaßen nachträglich noch zu gewinnen. Deshalb will sich die Bundesrepublik nicht mit ihrem Staatsgebiet begnügen, sie beansprucht die Grenzen, die das Hitlerreich vor dreißig Jahren hatte. Obwohl sich 1945 alle vernünftigen Menschen einig waren, daß der deutsche Militarismus ausgerottet werden muß, will dieselbe Militarismus, getragen von denselben gesellschaftlichen Kräften, repräsentiert zum Teil durch dieselben Personen, diesmal stärker sein denn je. Er greift nach der Atomwaffe, die Hitler und sein Oberkommando der Wehrmacht noch nicht hatten. Das alles geschieht in einem Geiste der Rache, der sich immer offener als der alte Nazizeit gibt. Sogar eine Nazi-Partei gibt es wieder. Sie kann aber keineswegs das Monopol auf den Neozitismus beanspruchen. Der greift schon viel weiter um sich.

Ist also der Militarismus und Nazismus in Westdeutschland ausgerottet? Nein, im Gegenteil, er schießt empor. In gleichem Maße gewinnt das Potsdamer Abkommen immer mehr an Aktualität.

Anders ist die Lage in der Deutschen Demokratischen Republik. Wir haben klare Schlussfolgerungen aus den Erfahrungen gezogen, die unser Volk mit dem deutschen Imperialismus gemacht hat. Die Machtkonzentration der Monopole, von der im Potsdamer Abkommen die Rede ist, wurde bei uns beseitigt. Die Kriegsverbrecher und Kriegsgewinnler wurden enteignet, die großen Produktionsmittel gingen in das Eigentum des Volkes über. Damit ist die tiefste Wurzel des Militarismus und Nazismus ausgerottet. Wir fordern den Verzicht beider deutscher Staaten auf Atomwaffen. Wir schlagen gemeinsame Schritte der Abrüstung vor. Wir stellen keine territorialen Forderungen. Unsere Politik geht vom Status quo der gegebenen Grenzen aus. Sie zielt auf Verständigung, auf friedliche Koexistenz, auf die Sicherheit Europas. Was die Völker mit dem Potsdamer Abkommen erstreben, ein Deutschland, das niemals mehr seine Nachbarn und den Frieden der Welt bedroht, hier in der DDR ist es Wirklichkeit.

Völkerrechtliche Grundlage

Die Regierung Kiesinger/Streufel redet von ihren „Rechtspositionen“. Sie meint damit ihre revanchistischen Ziele, die faktisch Kriegsziele sind. Das sind Unrechtspositionen. Die Rechtsposition, die 1945 nach den Verbrechen, der Niederlage, der bedingungslosen Kapitulation des imperialistischen deutschen Staates für die Zukunft Deutschlands gegeben wurde, liegt im Potsdamer Abkommen. Auf dieser Rechtsposition stehen wir, die Deutsche Demokratische Republik. Gemessen an der für die deutschen Angelegenheiten entscheidenden völkerrechtlichen Grundlage ist der rechtmäßige Staat in Deutschland die DDR. Das Potsdamer Abkommen ist unsere Rechtsposition.

(Aus „Neues Deutschland“)



Am Fernwettkampf der GST beteiligten sich kürzlich auch Professoren. Am Schiefstand Genosse Professor Herbert Lange, im Hintergrund die Genossen Wagner, Verwaltungsdirektor, und Schwedler

Bereit zur Verteidigung des sozialistischen Vaterlandes

Zu einer herzlichen Begegnung kam es am Vorabend des 11. Geburtstages unserer Nationalen Volksarmee im festlich geschmückten Mensa-Westflügel mit Vertretern der militärischen Abteilung der TU, der Dresdener Militärakademie und der staatlichen sowie gesellschaftlichen Leitung unserer Universität. Zu den Anwesenden zählte auch der 1. Sekretär der Kreisleitung der SED an der TU, Genosse Harry Meißner. Professor Dr. paed. habil. Arnold, Prorektor für Studienangelegenheiten, begrüßte im Namen des Rektors sowie der Universitätsleitung und der gesellschaftlichen Organisationen die Gäste und beglückwünschte sie zu ihrem Ehrenstag. Unter anderem sagte er: „Die Existenz unserer Nationalen Volksarmee, das ist der sichere Garant für den Bestand unseres souveränen sozialistischen Staates und unserer Errungenschaften. Aggressoren haben keine Chance, ihre Aggressionen zu realisieren, wenn sie nicht Kopf und Kragen riskieren wollen. Unsere Arme, das ist das Friedensinstrument unserer Arbeiter- und Bauern-Macht, ist Schule sozialistischer Klassenerziehung.“ Deshalb sei auch die Wehrziehung unserer Studenten mit ein Mittel, den politisch hochqualifizierten, bewährten und professionellen Absolventen zu erzielen. Der sozialistische Pädagoge, Techniker und Ingenieur muß besonders angesichts der offen erklärten Rüstungskonzeptionen, die in der Bundesrepublik und in Westdeutschland zu kämpfen. Diese bewußte Einbindung der Studierenden unserer Technischen Universität zu erreichen, ist nicht nur eine Aufgabe von Partei und sozialistischem Jugendverband, sondern auch des gesamten Lehrkörpers. Für seine in diesem Sinne geleistete Arbeit ist Professor Dr. paed. habil. Arnold mit der Verdienstmedaille der NVA ausgezeichnet worden. In seiner Begrüßungsrede sprach der Vorsitzende der Gesellschaft für Sport und Technik an der TU, Major Piehles, seinen besonderen Dank für die Mitarbeit und Unterstützung bei der Wehrziehung den Herren Professoren Fischer und Steger sowie dem Genossen Mücke vom Institut für Unterrichtsmethodik der Mathematik und Naturwissenschaften aus. Oberst Dr. Bauer von der Militärakademie Dresden dankte auch im Namen der Genossen der Kreisleitung der Militärakademie für den herzlichen Empfang und die Glückwünsche. Er versicherte, daß die Angehörigen der Nationalen Volksarmee sich als Teil der Arbeiterklasse stets ihrer hohen Verantwortung bewußt sind und das in sie gesetzte Vertrauen jederzeit rechtfertigen werden. Während dieser Zusammenkunft wurden der Genosse Stummer, stellvertretender Verwaltungsdirektor, der Genosse Rychnowski, Mensaleiter, der Genosse Dipl.-Physiker Reike, persönlicher Referent des Prorektors für Studienangelegenheiten, und der Genosse Dipl.-Gewerkschafter Börsing für hervorragende Leistungen bei der Wehrziehung mit dem Leistungsabzeichen der Nationalen Volksarmee ausgezeichnet. Worscheck

Hinweise für das Partei- und FDJ-Lehrjahr - Monat April 1967

Seminar zum Studium grundlegender Werke der Klassiker des Marxismus-Leninismus

Thema 6: Sozialismus in der DDR und Monopolkapitalismus in Westdeutschland

Schwerpunkte: 1. Die sozialistische DDR - Ausdruck des Sieges der Arbeiterklasse und aller Werktätigen über den deutschen Imperialismus und Militarismus. Der Klassencharakter der beiden deutschen Staaten 2. Die neue Lage und die Aufgaben der SED bei der Vollendung des Sozialismus in der DDR 3. Der Sozialismus als grundsätzliche Alternative zum staatsmonopolistischen Kapitalismus. Der Kampf um die Demokratie und der Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus in Westdeutschland

Literatur W. Ulbricht: Der Weg zum künftigen Vaterland der Deutschen, Festrede zum 20. Jahrestag der Gründung der SED, Dietz Verlag Berlin 1966 - 14. Tagung des ZK der SED, 15. bis 17. 12. 1966; Stellungnahme zur Regierungserklärung des westdeutschen Kabinetts Kiesinger - Dietz Verlag Berlin 1967 - Neujahrsbotschaft zum Jahreswechsel 1966/67, „Neues Deutschland“ vom 1. 1. 1967 - Rede Walter Ulbrichts vor dem Berliner Parteitag am 13. 2. 1967 „Zu einigen außenpolitischen Fragen“ - „ND“ vom 16. 2. 1967 Weitere Literatur: - Aufruf zum 50. Jahrestag der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution „ND“ vom 22. 1. 1967

„Universitätszeitung“ Seite 2

Anleitung der Zirkelleiter am 12. 4. 1967, 16.30 Uhr, im Sitzungszimmer der SED-KL TU Dresden.

Seminar zur Aneignung aktueller Probleme der Theorie und Praxis des umfassenden Aufbaus des Sozialismus

Thema 6: Der Preis im Sozialismus. Die wissenschaftlich-technische Revolution und die dynamische Preispolitik.

Schwerpunkte: 1. Worin bestehen die Grundsätze der Preispolitik auf dem Gebiet der Industriepreise in der zweiten Etappe des neuen ökonomischen Systems der Planung und Leitung? 2. Wie unterstützt die dynamische Preispolitik auf dem Gebiet der Industriepreise die Weiterentwicklung der Kooperationsbeziehungen in unserer Volkswirtschaft? Literatur: W. Ulbricht: Probleme des Perspektivplanes bis 1970, Dietz Verlag Berlin 1966, S. 17-25 und 64-68, oder in: W. Ulbricht: Zum neuen ökonomischen System der Planung und Leitung, Dietz Verlag Berlin 1966, S. 674-681 und 716-719

W. Ulbricht: Antwort auf Fragen in der Diskussion zum VII. Parteitag, „Neues Deutschland“ vom 14. 11. 1966 oder in: W. Ulbricht: Wo stehen wir bei der Verwirklichung des Sozialismus, Drei Reden, Dietz Verlag, Berlin 1966, S. 48-61 W. Ulbricht: Das neue ökonomische System und der Perspektivplan, Schlusswort auf der 14. Tagung des ZK der SED, Abschnitt: Über die Aufgaben des Amtes für Preise, „Neues Deutschland“ vom 20. 12. 1966, S. 4 Anleitung der Zirkelleiter am 11. 4. 1967, 16.30 Uhr, im Sitzungszimmer der SED-KL TU Dresden.

Zirkel zum Studium der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Band 1

Thema: Das Hinüberwachen des Kapitalismus der freien Konkurrenz in den monopolistischen Kapitalismus in Deutschland. Der Charakter und die Besonderheiten des deutschen Imperialismus.

Schwerpunkte: 1. Worin besteht das Wesen des Imperialismus? Warum setzen die Widersprüche des Imperialismus die sozialistische Revolution gesetztmäßig auf die Tagesordnung und stellen an die Arbeiterbewegung höhere Anforderungen? 2. Warum ist seit der Jahrhundertwende die Beseitigung der Macht des Imperialismus und Militarismus zum Kernpunkt des Kampfes für die Lebensinteressen des deutschen Volkes geworden? Literatur: Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, IV. Kapitel, Unterabschnitte: Die Verlagerung des Zentrums der internationalen revolutionären Arbeiterbewegung nach Rußland. Der Kampf für die Partei neuen Typus in Rußland. Der Charakter und die Besonderheiten des deutschen Imperialismus. Broschüre, Dietz Verlag, Berlin 1966, S. 9-29

W. Ulbricht: Diskussionsrede auf der 14. Tagung des ZK der SED, Broschüre, Dietz Verlag, Berlin 1966 oder: „Neues Deutschland“ vom 16. 12. 1966 W. Ulbricht: Neujahrsbotschaft zum Jahreswechsel 1966/67, „Neues Deutschland“ vom 1. Januar 1967 Die Zirkelleiter für diesen Zirkel holen sich die Seminarhinweise in der SED-Kreisleitung TU Dresden, Zimmer 116, ab.

Zirkel zum Studium der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Band 6

Thema 6: Der Kampf der SED für die demokratische Einheit Deutschlands und einen gerechten Frieden

Schwerpunkte: 1. Die entscheidenden Maßnahmen der reaktionären Kräfte zur Spaltung Deutschlands 2. Der Kampf der SED gegen die Politik der Spaltung Deutschlands (Konzeptionsbewegung) 3. Die DDR - der einzig rechtmäßige deutsche Staat Literatur: Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung von 1945 bis 1963, Teil I, 1945 bis 1949, Dietz Verlag Berlin 1966, Seiten 203 bis 243 Weitere Literatur für die Zirkelleiter: Badstöber/Thomas: Die Spaltung Deutschlands 1945 bis 1949, Dietz Verlag Berlin 1966, besonders die Kapitel III bis V

Achtung! FDJ-Lehrjahr!

Thema 6: (Zweite Aprilhälfte) Der Kampf der SED für die demokratische Einheit Deutschlands und einen gerechten Frieden

Schwerpunkte: 1. Der demokratische Inhalt der von der SED verfolgten Linie der offenen Auseinandersetzung mit dem geschlagenen deutschen Imperialismus 2. Die DDR ist der einzig rechtmäßige deutsche Staat Literatur: Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung von 1945 bis 1963, Teil I, 1945 bis 1949, Dietz Verlag Berlin 1966, Seiten 219 bis 243.

NEU BEI DIETZ



Mit der vorliegenden Arbeit unternehmen die Verfasser den Versuch, einige Hauptprobleme der Wissenschafts- und Hochschulpolitik der SED seit 1945 herauszuarbeiten. Die Darstellung der geschichtlichen Fakten und Prozesse dient vor allem dem Nachweis der Kontinuität der Politik der Partei auf diesen Gebieten der gesell-

Universitätsnachrichten

Berufungen und Ernennungen

Der Staatssekretär für das Hoch- und Fachschulwesen der DDR ernannte mit Wirkung vom 1. Februar 1967:

Dr.-Ing. habil. Siegfried Dyc k zum Professor mit Lehrauftrag für Hydrologie an der Fakultät für Mathematik und Naturwissenschaften

Dr.-Ing. Eberhard Deutschmann zum Professor mit Lehrauftrag für Baukonstruktions- und Entwurfslehre an der Fakultät für Bauwesen

Dr.-Ing. habil. Martin Scheffler zum Professor mit Lehrauftrag für Förderanlagen an der Fakultät für Maschinenwesen

Dr. rer. nat. habil. Horst Kadner zum Dozenten für Mathematik an der Fakultät für Mathematik und Naturwissenschaften

Dr.-Ing. Kurt Eschke zum Dozenten für Stabilitätstheorie und Elastizitätstheorie dünnwandiger Konstruktionen an der Fakultät für Maschinenwesen

Dr. rer. oec. Dieter Marx zum Dozenten für Organisation und Planung der Energieversorgung an der Fakultät für Ingenieurökonomie

Dr. rer. oec. Karl Morgenstern zum Dozenten für Politische Ökonomie an der Fakultät für Ingenieurökonomie

Dr. rer. oec. Wolfgang Strauß zum Dozenten für Ökonomie der Lebensmittelindustrie an der Fakultät für Ingenieurökonomie

Dr. phil. et rer. oec. habil. Gerhard Holmann zum Dozenten für Politische Ökonomie des Sozialismus am Institut für Marxismus-Leninismus

Dr. phil. et rer. oec. habil. Gerhard Holmann zum Dozenten für Politische Ökonomie des Sozialismus am Institut für Marxismus-Leninismus

Jubiläen

Das 20jährige Dienstjubiläum begehen am 1. Februar 1967

Frau Ruth Freund, Arbeitsgruppe Professor Rettig - Projektionsbüro der Fakultät für Bauwesen Frau Edith Scheible, Hochschul-Film- und -Bildstelle

Brennstoffelemente-Tagung

Das vom Institut für Elektrochemie und physikalische Chemie gemeinsam mit der Chemischen Gesellschaft der DDR veranstaltete Symposium „Brennstoffelemente“ findet vom 29. März bis 1. April 1967 im Georg-Schumann-Bau, Hörsaal 251, statt.

„König Lear“

Am 20. März 1967 findet im Großen Haus der Staatstheater eine Sonderveranstaltung für die Technische Universität statt. Auf dem Spielplan steht „König Lear“ von William Shakespeares. Ein Einführungsvortrag für diese Vorstellung wird u. a. von Herrn Dr. phil. Günther Jäckel, Leiter der Arbeitsgruppe für Literatur an der TU, am Donnerstag, dem 16. März 1967 um 18.30 Uhr im Schumann-Bau Südflügel, Hörsaal 186, gehalten.

schaftlichen Entwicklung in der Deutschen Demokratischen Republik. Gleichzeitig soll auf die Komplexiertheit und Dialektik der Wissenschafts- und Hochschulpolitik hingewiesen werden, die von der SED in beispielhafter Weise unter den objektiven Bedingungen eines hochentwickelten sozialistischen Industrielandes ausgearbeitet und verwirklicht worden ist.

In diesem Sinne stellt die Broschüre eine wesentliche Ergänzung zu der Arbeit von Hannes Hörnig „Zu einigen Problemen im Hochschulwesen beim umfassenden Aufbau des Sozialismus in der DDR“ (erschienen im Dietz Verlag in der Reihe „Der Parteiarbeiter“) dar, in der die nächsten Aufgaben bei der Ausbildung, Erziehung und Forschung an den Universitäten und Hochschulen herausgearbeitet wurden.

Zum besseren Verständnis der im Text getroffenen Aussagen haben die Verfasser der vorliegenden Broschüre im Anhang Auszüge aus bedeutsamen Reden und Beschlüssen sowie eine Chronologie der wichtigsten Ereignisse der Wissenschafts- und Hochschulpolitik seit 1945 aufgenommen, in denen die große Aufmerksamkeit und die Systematik der Partei gegenüber der Bündnispolitik zwischen der Arbeiterklasse und der Intelligenz unter den konkreten Bedingungen des sozialistischen Aufbaus in der DDR zum Ausdruck kommt.

Aus: „Zur Wissenschafts- und Hochschulpolitik der SED 1945/1946-1966“ von Edwin Schwertner und Arwed Kempke

TU-BUCHHANDLUNG 8027 DRESDEN